

**Peter Götz**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Beckmeyer [SPD]: Da das Parlament die Haushaltshoheit hat, werden Sie jetzt initiativ!)

Ich nenne einen weiteren Punkt: Wir sollten außerdem zur Motivation der Gebäudeeigentümer auch verstärkt die steuerlichen Aspekte von energetischen Sanierungsmaßnahmen einbeziehen. Klimaschutz und Energieeffizienz waren uns in der Vergangenheit wichtig und sind heute wichtig. Sie werden auch bei der Weiterentwicklung des Energiekonzepts eine ganz bedeutende Rolle spielen.

Ich lade Sie alle herzlich dazu ein, diese klimapolitischen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Die kommende Novellierung des Baugesetzbuches und die Novellierung des Bau- und Planungsrechts bieten dazu ausgezeichnete Möglichkeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Sören Bartol von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Uwe Beckmeyer [SPD]: Guter Mann! – Gegenruf von der CDU/CSU: Er hat es nötig, dass das gesagt wird! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU – Heiterkeit bei der CDU/CSU)

- (B) **Sören Bartol (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich merke schon, dass die Stimmung noch gut ist. Es ist ein wirklich wichtiges Thema, das die Grünen heute auf die Tagesordnung gebracht haben. Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen für die Städte. Zusammen mit dem demografischen und wirtschaftlichen Wandel und den wachsenden sozialen Differenzen in und zwischen Städten ist Klimaschutz eine zentrale Aufgabe nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit den Ländern und mit den Städten und Gemeinden trägt der Bund Verantwortung für die umwelt- und klimafreundliche sowie sozialintegrierende Entwicklung von Städten und Gemeinden, eine Verantwortung, der diese Bundesregierung, allen voran das zuständige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, leider in keiner Weise gerecht wird.

(Patrick Döring [FDP]: Falsch!)

Für Oktober lädt das Ministerium zum 5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik ein. In der Einladung heißt es so schön:

2011 ist das Jahr, in dem die Städtebauförderung, ein wichtiger Baustein der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, 40 Jahre alt wird. Die Leistungen dieser Programme ... werden deswegen ... beson-

ders gewürdigt und ein Ausblick in die Zukunft der Städtebauförderung gegeben. (C)

Auf diesen Ausblick bin ich gespannt, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, nachdem Sie die Mittel für die Städtebauförderung im Haushalt zusammengestrichen haben.

(Iris Gleicke [SPD]: Wohl wahr! – Uwe Beckmeyer [SPD]: Ja!)

Wir hören: Es soll weitere drastische Kürzungen im nächsten Haushalt geben. Kollege Götz, so einfach, wie Sie das gerade gemacht haben, können Sie sich nicht herausreden, weil die Eckwerte immerhin vom Kabinett beschlossen worden sind.

(Patrick Döring [FDP]: In dieser Koalition haben auch die Parlamentarier etwas zu sagen!)

– Ja, das ist natürlich richtig. Wir haben das gehört und nehmen das zur Kenntnis.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass sie etwas zu sagen haben, ist ja das Neueste!)

– Das ist wirklich das Neueste. Ich danke den Kollegen für die Zwischenrufe.

Mit einer Städtebauförderung, für die 2012 gemäß den Eckwerten nur noch 266 Millionen Euro zur Verfügung stehen könnten,

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: „Könnten“!)

ist der notwendige ökologische Stadtumbau und die zugleich notwendige soziale Integration in den Städten und Gemeinden nicht zu leisten. (D)

(Peter Götz [CDU/CSU]: Eckwerte sind nicht in Stein gemeißelt!)

Laut Ihrem eigenen sogenannten Energiekonzept will die Bundesregierung die Quote für energetische Gebäudesanierung verdoppeln. Gleichzeitig streichen Sie aber die Mittel für die KfW-Programme zusammen – übrigens auch schon in dem von Ihnen beschlossenen letzten Haushalt. Nun hören wir, dass in den kommenden Haushalt überhaupt kein Geld mehr eingestellt werden soll, sondern dass der Energie- und Klimafonds eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Gebäudesanierung spielen soll.

(Patrick Döring [FDP]: So ist es!)

Dass das eine sichere Finanzierung ist, haben im Oktober schon die Experten bezweifelt.

(Iris Gleicke [SPD]: Das bezweifelt auch der Minister!)

Inzwischen glaubt das doch selbst Ihr eigener Minister nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Ramsauer schreibt in dem Liebe-Freunde-Brief – ich muss jetzt einmal zitieren –: Wie sich angesichts der neuen Sachlage diese Fondszuschüsse tatsächlich

**Sören Bartol**

- (A) entwickeln, ist angesichts der aktuellen Situation kaum absehbar. Zudem sind in dem Sondervermögen ausschließlich Mittel für Zinsverbilligungen eingestellt, so dass ab 2012 keine investiven Zuschüsse mehr vergeben werden könnten.

(Iris Gleicke [SPD]: Hört! Hört!)

Dies würde insbesondere die Häuslebauer treffen. – Das ist ein Originalzitat des Briefes von Bundesminister Ramsauer. So verunsichert man doch Investoren und Eigentümer, liebe Koalition.

(Iris Gleicke [SPD]: So ist es!)

Wer es ernst meint mit der Energiewende, der darf die Energieeinsparpotenziale bei Gebäuden nicht so sträflich vernachlässigen, wie diese Regierung das tut.

(Beifall bei der SPD)

Wer es ernst meint mit der Energiewende, der muss die Kraft-Wärme-Kopplung und quartiersbezogene Lösungen der Energie- und Wärmeversorgung in nennenswertem Umfang fördern. Sie und wir alle sollten die Novelle zum Baugesetzbuch nutzen, um den Kommunen klimaschützende Maßnahmen zu erleichtern.

Wer es ernst meint mit der Energiewende, der muss die Energieeffizienz deutlich erhöhen. Wenn Sie es nur wollten, dann könnten Sie die Energieeffizienz bis 2020 verdoppeln. Unser Vorschlag dazu liegt auf dem Tisch. Wir wollen einen Energieeffizienzfonds schaffen, der es zum Beispiel Haushalten mit einem geringen Einkommen ermöglicht, alte, stromschluckende Geräte durch neue, energiesparende zu ersetzen.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Döring [FDP]: Eine Abwrackprämie für Fernseher und Kühlschränke!)

Wer es ernst meint mit der Energiewende, Kollege Döring, der muss die Energieversorgung in kommunaler Hand stärken; denn es sind doch die Stadtwerke, die die erneuerbaren Energien mit vorangebracht haben.

(Beifall bei der SPD – Patrick Döring [FDP]: Sehr wettbewerbsorientiert!)

– Ja, das sagen die Richtigen. – Stattdessen hat die Regierung einen teuren und immer teurer werdenden Deal mit den Stromkonzernen gemacht, durch den diese Bemühungen ausgebremst werden. Geben Sie den Stadtwerken doch Planungssicherheit für ihre Investitionen in erneuerbare Energien und faire Wettbewerbsbedingungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer es ernst meint mit der Energiewende, der muss aber auch eine umwelt- und klimaverträgliche Mobilität fördern. Ein Finanzierungskreislauf Straße dient dem gewiss nicht. Wir brauchen eine konsequente Förderung von öffentlichem Nahverkehr, Fahrradfahren, Zu-Fuß-Gehen, innovative Formen der Automobilität und deren intelligente Verknüpfung.

(Patrick Döring [FDP]: 7,5 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel!) (C)

Wir brauchen an dieser Stelle doch einen Masterplan Personenverkehr!

Dass eine solche umwelt- und klimafreundliche Verkehrspolitik in Peter Ramsauer keinen Fürsprecher hat, zeigt sich doch anhand von zwei Beispielen:

Erstes Beispiel. Noch vor 2014 steht nicht nur die Revision der ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierung, sondern auch die Revision der Regionalisierungsmittel an.

(Patrick Döring [FDP]: Das läuft aus! Das wird nicht revidiert!)

Bisher vermisste ich jegliche Aussage der Regierung dazu, wie sie eine ausreichende Finanzierung kommunaler Verkehrsinvestitionen und des öffentlichen Nahverkehrs nach 2014 sichern wird.

(Patrick Döring [FDP]: Entflechtungsgesetz! Dem habt ihr auch zugestimmt!)

Dem öffentlichen Nahverkehr fehlt nicht nur eine sichere finanzielle Basis, sondern auch ein sicherer Rechtsrahmen. Nun endlich hat das Ministerium einen Entwurf für die Novelle zum Personenbeförderungsgesetz vorgelegt, der den Anforderungen hinsichtlich einer rechtssicheren Umsetzung der Verordnung jedoch in keiner Weise genügt. Was noch schwerer wiegt: Die kommunale Verantwortung für die Daseinsversorgung wird durch diesen Entwurf untergraben. Ich hoffe nur, dass dieser Entwurf am Ende des Tages so nicht in das Gesetzblatt kommt.

(D)

(Iris Gleicke [SPD]: Schauen wir einmal, was die Parlamentarier dazu sagen!)

Das zweite Beispiel ist mein Lieblingsbeispiel, weil ich seit Jahren dafür kämpfe. Seit Jahr und Tag fordern wir, den Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Parkplätzen zu ermöglichen. So gut wie alle vom Städte- tag bis zum ADAC sind dafür. Das war das eindeutige Ergebnis der Anhörung im Verkehrsausschuss im Dezember. Bisher gibt es immer noch keine Initiative der Regierungsfractionen, um diese kleine, aber sehr wichtige ordnungspolitische Maßnahme auf dem Weg in die Mobilität der Zukunft umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir ehrgeizige Ziele wie die im EU-Verkehrsweißbuch geforderte völlige Abschaffung der mit konventionellem Kraftstoff betriebenen Pkws in Städten bis 2050 erreichen wollen,

(Patrick Döring [FDP]: Das macht ihr euch zu eigen, ja?)

brauchen wir einen breitangelegten Ideenwettbewerb für städtische Mobilitätskonzepte. Ob Shared Space, wie es im Grünenantrag steht, hier das beste Mittel der Wahl ist, weiß ich nicht. Ich denke, es muss darum gehen, mit Beteiligung der Menschen vor Ort integrierte Konzepte für Mobilität und Wohnen zu entwickeln. Aus der sozialen Stadtentwicklung haben wir schon Erfahrungen mit der

**Sören Bartol**

- (A) Bewohnerbeteiligung und vor allen Dingen auch mit der ressortübergreifenden Kooperation. Diese Erfahrungen lassen sich übrigens auch gut für eine integrierte Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung nutzen.

Nicht nur das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“, wie es die Grünen fordern, muss in die Köpfe und Programme Eingang finden, sondern auch eine fachübergreifend angelegte Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, die möglichst wenig Verkehr produziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die von uns begonnene Stärkung der Innenentwicklung muss fortgesetzt werden. Voraussetzung ist der politische Wille, integriert zu denken, vor allen Dingen endlich auch wieder im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist eine lange Liste überwiegend bedenkenwerter Vorschläge. Ich würde mich dann aber auch freuen, wenn Sie uns zu Ihren zahlreichen Spiegelstrichen wie der Forderung nach einer Grundsteuerreform auch Umsetzungsvorschläge machen würden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen schönen Abend.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

- (B) Das Wort hat die Kollegin Petra Müller von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Petra Müller (Aachen) (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Antrag wird eine Reihe von Themenkreisen aufgegriffen: Städtebauförderung, Energiesparfonds, Bau-nutzungsverordnung, Flächennutzungsplan. Es geht um Nahwärmenetze, Frischluftschneisen und Wärmerückgewinnung, Radverkehrsbenutzungspflichten, Emissionswerte, Tempo 30 innerorts, City-Maut, Weiterbildung von Bauleuten und Studiencurricula für Architekten und Bauingenieure.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das haben wir alles verstanden!)

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, aber das ist kein Antrag, sondern ein Forderungskatalog. Es ist ein Forderungskatalog ohne Konzept, völlig überfrachtet und ohne jedes Maß. Es ist eine Zumutung für die Kommunen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt genau die Richtige!)

– Das stimmt, nicht?

Bereits zum dritten Mal in kurzer Folge greifen Sie entweder Einzelaspekte aus dem Baugesetzbuch heraus – ich erinnere nur an die denkwürdigen und selbstverständlich

medienwirksamen Anträge vor der Baden-Württemberg-Wahl zur Intensivtierhaltung im Außenbereich und zu Spielhallen in Innenstädten –, oder Sie fordern Änderungen am Baugesetzbuch in zusammenhangloser Fülle wie heute. Damit machen Sie eine konzentrierte Sachdebatte zu wichtigen Themen leider unmöglich.

Wir, die christlich-liberale Koalition, haben die Novellierung des Baugesetzbuches in den Koalitionsvertrag geschrieben,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und seitdem tun Sie nichts mehr! Wann fangen Sie denn mal an? Die Halbzeit ist schon um!)

und wir setzen es um. Wir werden Planungsrecht und Planungsziele weiterentwickeln. Wir werden die Innenstadtentwicklung stärken, Genehmigungsverfahren entbürokratisieren, den demografischen Wandel berücksichtigen und den Klimaschutz verankern.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Aber wann?)

Daran arbeiten wir längst.

In der zweiten Jahreshälfte werden wir in diesem Hohen Hause mit den Beratungen zur Novellierung des Baugesetzbuches beginnen. Bis Anfang 2012 soll der Prozess abgeschlossen sein. Im Ausschuss und im Plenum werden Sie alle die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Ich denke, damit ist das Thema dann endgültig abgeschlossen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das ist Ihr Problem! Klimaschutz in der Stadt ist mehr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die energetische bzw. die dynamische Stadtentwicklung ist ein erklärtes Ziel liberaler Politik. Wir müssen die Förderprogramme verstetigen – ich wiederhole mich zum x-ten Male –, insbesondere das Programm zur CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung. Wir werden aber nicht beim einzelnen Gebäude stehen bleiben. Nein, die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich für den Schritt hin zu quartiersbezogenen Betrachtungen ein.

(Sören Bartol [SPD]: Da sind wir gespannt! – Uwe Beckmeyer [SPD]: Mit mehr Geld!)

Dazu legt die Koalition das neue KfW-Programm „Energetische Städtebausanierung“ auf. Damit haben wir den Nagel genau auf den Kopf getroffen.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber zu spät! Ohne Geld ist das eine Luftnummer!)

Als hätten Sie mir das Stichwort gegeben: An erster Stelle steht natürlich die Haushaltskonsolidierung. Dazu haben sich CDU/CSU und FDP verpflichtet. Ich glaube, der Schuldenbremse haben auch Sie zugestimmt. Das war doch so, oder? Angesichts der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung ist es umso wichtiger, Förderprogramme so zu gestalten, dass Eigeninitiative und